

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter aus der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer zur öffentlichen Sitzung.

Es wird ausdrücklich angefragt, ob eine Änderung der Tagesordnung gewünscht wird – es werden keine Einwände erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Wieprecht sowie Herrn Ilmberger nachträglich zum Geburtstag.

131 19 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

132 19 Beschluss: 19 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2008, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Gemeinderatsmitglied Herr Zehetmair war nicht anwesend.

Gemeinderatsmitglied Herr Zehetmair erscheint um 19.42 Uhr.

Jahresrechnung 2007:

a) Feststellung der Jahresrechnung 2007 gem. Art. 102 Abs. 3 und 4 GO

b) Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2007

c) Bericht über Beteiligungen 2007

a) **Feststellung der Jahresrechnung 2007 gem. Art. 102 Abs. 3 und 4 GO**

Der Bürgermeister bringt den Beschluss vom 16.07.2008, Nr. G35, in Erinnerung, mit dem der Gemeinderat die Jahresrechnung 2007 zur Prüfung verwies.

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern mit der Sitzungseinladung zum 16.07.2008 die Jahresrechnung 2007 zugestellt wurde.

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Das Gemeinderatsmitglied, Herr Dr. Ernstberger, gibt als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses den Prüfungsbericht mit den Anregungen und Feststellungen in der Aktenvormerkung vom 03.11.2008 bekannt. Auf den Erledigungsbericht der Verwaltung wird hingewiesen.

Die Jahresrechnung 2007 kann auf Grund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung vom Gemeinderat festgestellt werden. Auf Grund des geänderten Artikels 102 Abs. 4 GO erfolgt die Entlastung des Bürgermeisters nach der örtlichen Prüfung.

Der Soll-Abschluss für das Haushaltsjahr 2007 wird bekannt gegeben.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er in Folge persönlicher Beteiligung bei der Feststellung der Jahresrechnung bzw. Entlastung des Bürgermeisters nicht an der Abstimmung teilnehmen wird.

133 19 Beschluss: 19 : 0

Der Rechnungsabschluss (Soll-Abschluss) wird vom Gemeinderat anerkannt und die Jahresrechnung 2007 wird gem. Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt auf:

	Verwaltungshaushalt €	Vermögenshaushalt €	Gesamthaushalt €
Soll-Einnahmen	121.544.455,15	163.274.671,39	284.819.126,54
+ neue Haushalts-Einnahmereste	----	----	
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	----	----	
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	30.002,32	0,00	30.002,32
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	121.514.452,83	163.274.671,39	284.789.124,22
Soll-Ausgaben	1) 121.514.446,83	2) 163.274.404,59	2) 284.788.851,42
+ neue Haushaltsausgabereste	----	----	----
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	----	----	----
./. Abgang alter Kassenausgabereste	-6,00	-266,80	-272,80
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	121.514.452,83	163.274.671,39	284.789.124,22
Etwaiger Unterschied bereinigte Soll-Einnahmen ./.. bereinigte Soll-Ausgaben Fehlbetrag)	----	----	----
1) Darin enthalten: Zuführung zum Vermögenshaushalt: 71.891.897,67 €			
2) Darin enthalten: Überschuss nach § 79 Abs. 3 Satz 2 KommHV (Zuführung an allgemeine Rücklage): 102.411.419,74 €			

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die gesamten Kasseneinnahmereste betragen 4.951.760,32 €

Die gesamten Kassenausgaberrreste betragen -2.016,89 €

Der Stand des Vermögens nach § 76 Abs. 1 KommHV
(Forderungen) ist am 31.12.2007 24.585.667,93 €

und der des Vermögens nach § 76 Abs. 2 KommHV
(Wertstoffhof, Friedhof und Abwasserbeseitigung) 15.427.629,00 €

Die Schulden betrugen am 31.12.2007 1.311.102,47 €

und die Rücklagen nach dem Soll-Abschluss 253.098.935,44 €

Der Gemeinderat beschließt gem. Art. 102 Abs. 4 GO die Entlastung für 2007.

Der Vorsitzende hat sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Im Anschluss daran bedanken sich der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Dr. Ernstberger sowie die stellvertretende Vorsitzende, Frau Schödl, bei der Finanzverwaltung für die gute Zusammenarbeit.

b) Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2007

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern mit der Sitzungseinladung zum Gemeinderat am 16.07.2008 mit der Jahresrechnung 2007 die Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2007 (rosa Bereich der Jahresrechnung) zugestellt wurde.

Die Zusammenstellung der im Laufe des Rechnungsjahres 2007 notwendig gewordenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird bekannt gegeben.

134 20 Beschluss: 20 : 0

Die im Laufe des Rechnungsjahres 2007 erfolgten über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt; deren Notwendigkeit wird anerkannt.

c) Bericht über Beteiligungen 2007

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern mit der Sitzungseinladung vom 16.07.2008 in der Jahresrechnung 2007 ein Bericht über Beteiligungen zugestellt wurde.

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

135 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Bericht über Beteiligungen 2007 vom 30.06.2008 zustimmend zur Kenntnis.

Az.: 963
2.1; 2.2; 0.1

Bericht des örtlichen Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung gemeindlicher Baumaßnahmen, die im Jahr 2007 abgeschlossen wurden;

a) Herstellungskosten für die Kinderkrippe Föhringer Allee 13

b) Herstellungskosten für die Kinderkrippe Römerweg 34

c) Herstellungskosten für den Kunstrasenplatz an der Dammstraße (Leistungsphase 1 bis 8)

Der Bürgermeister stellt fest, dass im Zusammenhang mit der Prüfung der Jahresrechnung 2007 eine Prüfung von Baumaßnahmen mit Schlussrechnungen über 500.000 € stattfand.

Auf den Prüfungsbericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Dr. Ernstberger, wird verwiesen.

Die Beschlüsse des Rechnungsprüfungsausschusses vom 28.10.2008, Nr. G1 bis G3, werden bekannt gegeben.

a) Herstellungskosten für die Kinderkrippe Föhringer Allee 13

136 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Schlussabrechnung über die Herstellungskosten der Kinderkrippe in der Föhringer Allee 13 mit Kosten in Höhe von 835.716,37 € zu.

b) Herstellungskosten für die Kinderkrippe Römerweg 34

137 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Schlussabrechnung über die Herstellungskosten der Kinderkrippe Römerweg 34 mit Kosten in Höhe von 896.702,82 € zu.

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- c) Herstellungskosten für den Kunstrasenplatz an der Dammstraße (Leistungsphase 1 bis 8)

138 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Schlussabrechnung über die Herstellungskosten des Kunstrasenplatzes an der Dammstraße für die Leistungsphase 1 bis 8 mit Kosten in Höhe von 1.184.070,77 € zu. Die Leistungsphase 9 ist im Rahmen der Rechnungsprüfung in 2012 zu überprüfen (2.109,54 €).

Az.: 963
2.1; 3.2

Kinderbetreuung in Unterföhring; Empfehlungsbeschlüsse des Wohnungs- und Sozialausschusses

- a) **Satzungsentwurf für die Interimskindertagesstätte an der Straßäckerallee (Satzung bzw. Gebührensatzung der Arbeiterwohlfahrt)**

- b) **Anträge auf Bezuschussung zur Betreuung durch Tagesmütter in Unterföhring**

- c) **Sachstandsbericht zum Kinderpark der Nachbarschaftshilfe und weitere Handhabung**

Die Kinderbetreuung, insbesondere deren Bezuschussung (durch die Gebührenfreiheit) nimmt in der Gemeinde Unterföhring einen hohen Stellenwert ein. Nun wird im Januar 2009 eine weitere Interimskindertagesstätte (Kinderkrippe, Kindergarten) an der Straßäckerallee eröffnet.

Der Wohnungs- und Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 09.12.2008 mit diesem Thema eingehend befasst und entsprechende Empfehlungsbeschlüsse gefasst; Vorher fand am 02.12.2008 ein Informationsgespräch mit den Bürgermeistern, den Fraktionsvorsitzenden sowie der Verwaltung statt.

- a) **Satzungsentwurf für die Interimskindertagesstätte an der Straßäckerallee (Satzung bzw. Gebührensatzung der Arbeiterwohlfahrt)**

Der Vorsitzende gibt zunächst einen Beschluss des Wohnungs- und Sozialausschusses vom 09.12.2008 zum Satzungsentwurf bekannt.

Zeitgleich mit der Inbetriebnahme der neuen Kindertagesstätte an der Straßäckerallee hat der künftige Träger, die Arbeiterwohlfahrt – Bezirksverband Oberbayern -, einen Satzungsentwurf für die künftige Satzung inklusive Gebührensatzung an die Gemeinde übersandt, der an die Mitglieder des Gemeinderats gesandt wurde.

Dieser Entwurf entspricht dem Grunde nach in fast allen Punkten der derzeit gültigen Satzung der Arbeiterwohlfahrt in der Gemeinde Unterföhring. Lediglich drei Punkte sollen dem Grunde nach hieraus herausgegriffen werden:

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- ❖ Eintrittsalter in die Krippe (§ 2 Nr. 2 der Aufnahmekriterien),
- ❖ Wohnsitzdauer der Eltern des Kindes als Aufnahmekriterium (zusätzliches Aufnahmekriterium in § 2),
- ❖ Beibehaltung der bisherigen Gebühren.

Der Wohnungs- und Sozialausschuss hatte bereits über die ersten beiden Punkte in früheren Sitzungen beraten.

Anmerkung: Der Bedarf an Kindergartenplätzen kann mit der Inbetriebnahme der neuen Kindertagesstätte an der Straßäckerallee im Januar 2009 gedeckt werden; von den potenziell möglichen sechs Krippengruppen können vier eröffnet werden (Probleme: Alterszusammensetzung der Kinder sowie Personal-/Fachkräftemangel).

Die Mitglieder des Wohnungs- und Sozialausschusses haben in ihrer Sitzung vom 09.12.2008 eingehend diese Punkte erörtert.

Nach der Beratung wurde ein Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat gefasst, dem Entwurf der Satzung der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern, vom 24.11.2008 mit folgenden Anmerkungen bzw. Änderungen zuzustimmen:

- ❖ Die Gebührenhöhen in der bisherigen Form laut Satzungsentwurf vom 24.11.2008 werden beibehalten.
- ❖ Das Eintrittsalter bei den Krippenkindern beträgt für alle Unterförhri-ger Krippen der Arbeiterwohlfahrt ab 1. September 2009 grundsätzlich ein Jahr;
Ausnahmen sind im Einzelfall möglich (Einzelfallentscheidung, z. B. alleinerziehender Elternteil, schwere Krankheit und anderes).
Bis dahin bleibt es bei den bisherigen Anmeldekriterien bei den Krippen laut bestehender Satzung von acht Wochen und dies gilt auch für die am 13.11.2008 angemeldeten Kinder.
- ❖ Ein weiteres Aufnahmekriterium ist grundsätzlich die Dauer des Hauptwohnsitzes der Eltern bzw. eines Elternteils von mindestens zwei Jahren bei der Anmeldung. Dies wird im Satzungsentwurf der Arbeiterwohlfahrt vom 24.11.2008 nach § 2 Nr. 4 b eingefügt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nach Vorschlag des Wohnungs- und Sozialausschusses dieser sich erneut im Januar 2009 mit der Satzungsthematik befassen wird.

Zur besseren Handhabung wird bei erhöhtem Bedarf zur klaren Regelung folgendes eingebracht:

- ❖ § 2 Nr. 4: Bei sozial gleicher Beurteilung nach a) und b) wird den Eltern bzw. dem Elternteil mit dem längeren Hauptwohnsitz in Unterförhri-ung der Vorrang eingeräumt.

Nach eingehender Beratung ergeht folgender Beschluss.

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

139 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat folgt dem Empfehlungsbeschluss des Wohnungs- und Sozialausschusses vom 09.12.2008 und beschließt Folgendes:

- ❖ Die Gebührenhöhen in der bisherigen Form laut Satzungsentwurf vom 24.11.2008 werden beibehalten.
- ❖ Das Eintrittsalter bei den Krippenkindern beträgt für alle Unterförhri-ger Krippen der Arbeiterwohlfahrt ab 1. September 2009 grundsätzlich ein Jahr;
Ausnahmen sind im Einzelfall möglich (Einzelfallentscheidung, z. B. alleinerziehender Elternteil, schwere Krankheit und anderes).
Bis dahin bleibt es bei den bisherigen Anmeldekriterien bei den Krip-pen laut bestehender Satzung von acht Wochen und dies gilt auch für die am 13.11.2008 angemeldeten Kinder.
- ❖ Ein weiteres Aufnahmekriterium ist grundsätzlich die Dauer des Hauptwohnsitzes der Eltern bzw. eines Elternteils. Dies wird im Sat-zungsentwurf der Arbeiterwohlfahrt vom 24.11.2008 nach § 2 Nr. 4 b eingefügt.
§ 2 Nr. 4 c (neu): Bei sozial gleicher Beurteilung nach a) und b) wird den Eltern bzw. dem Elternteil mit dem längeren Hauptwohnsitz in Un-terförhri-ung der Vorrang eingeräumt.

b) Anträge auf Bezuschussung zur Betreuung durch Tagesmütter in Unterförhri-ung

In den letzten Wochen sind bei der Gemeindeverwaltung zahlreiche Anträge auf Bezuschussung zur Betreuung durch Tagesmütter in Unterförhri-ung einge-gangen.

Darin wird u. a. hingewiesen, dass zum einen die Eltern, die eine Betreuung durch eine Tagesmutter haben, ebenfalls eine Kostenübernahme bzw. einen Zuschuss zu den Betreuungskosten erwarten.

Zum anderen wird auch von den in Unterförhri-ung zur Verfügung stehenden Tagesmüttern vorgebracht, dass viele Eltern der Krippenbetreuung bzw. der Kinderparkbetreuung den Vorzug geben, weil diese Betreuungsformen durch die Gemeinde kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Es stellt sich nun die Frage, ob auch die Betreuungskosten von Kleinkindern durch qualifizierte Tagesmütter in Unterförhri-ung durch die Gemeinde (teilwei-se) übernommen werden.

Der Wohnungs- und Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 09.12.2008 hiermit befasst und nach eingehender Beratung dem Gemeinderat empfohlen, eine Bezuschussung der Tagesmütter in Unterförhri-ung nicht zu unterstützen.

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

140 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat folgt dem Empfehlungsbeschluss des Wohnungs- und Sozialausschusses vom 09.12.2008, Nr. G 316, und spricht sich dafür aus, dass eine Bezuschussung der Tagesmütter in Unterföhring nicht erfolgt.

c) Sachstandsbericht zum Kinderpark der Nachbarschaftshilfe und weitere Handhabung

Wie bereits in der Gemeinderatssitzung vom 09.10.2008 bekannt gegeben, erfreut sich der Kinderpark der Nachbarschaftshilfe seit September 2008 eines großen Zulaufs, insbesondere da die Eltern keine Gebühren oder Entgelte für die Betreuung bezahlen müssen.

Der Kinderpark übernimmt auf diese Weise durch seine individuelle Betreuungsform auch Aufgaben der Krippen und führt so sowohl zu einer finanziellen als auch platzmäßigen Entlastung der örtlichen Kinderbetreuungsplätze.

Der Gemeinderat hatte bereits im Vorfeld mit Beschluss vom 14.02.2008, Nr. 1200 festgelegt, dass die Verwaltung neben der Krippe auch zur Entlastung anderer Betreuungsformen (z. B. Kinderpark der Nachbarschaftshilfe) weitere Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen hat und diese zu realisieren sind. Im Zuge dessen konnte nun ab September 2008 ein erweiterter Kinderpark mit mehreren Betreuungstagen durch die Nachbarschaftshilfe gestellt werden.

Die ersten Abrechnungen für die Monate September/Oktober 2008 liegen nun der Verwaltung vor und die Defizite belaufen sich auf rund 4.000,- € pro Monat.

Hierzu ist anzumerken, dass diese individuelle Betreuungsform sehr günstig im Vergleich zur Krippenunterbringung ist und seitens der Verwaltung wird deshalb auch in Hinblick auf die Entlastung der Krippen vorgeschlagen, ab September 2008 bis auf Weiteres dieses Defizit durch Ausfall der Entgelte sowie ehrenamtliche Entschädigungen usw. durch die Gemeinde Unterföhring zu übernehmen.

141 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zum Kinderpark der Nachbarschaftshilfe wohlwollend zur Kenntnis und erklärt sich bereit, ab September 2008 bis auf Weiteres für die Betreuung von Unterföhringer Kindern (Hauptwohnsitz) durch die Nachbarschaftshilfe Unterföhring e. V. im Kinderpark die entstehenden Fehlkosten (Defizit ca. 4.000,- € pro Monat) bis auf Weiteres zu übernehmen.

Dies ist auch im Haushalt 2009 sowie mittelfristig einzuplanen.

Az.: 423/4

0.1; 1.11; 2.1; 3.1

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag der CSU-Fraktion auf Verlegung des Fußgängerüberweges in der Föhringer Allee (Höhe Hausnummer 24) in Richtung Süden

Der Bürgermeister gibt den Antrag der CSU-Fraktion vom 20.10.2008 (Posteingang 04.11.2008), der den Gemeinderatmitgliedern am 03.12.2008 zugestellt wurde, bekannt.

Die CSU-Fraktion beantragt die Verlegung des vorhandenen Fußgängerüberweges in der Föhringer Allee (Höhe Hausnummer 24) um ca. 100 m in Richtung Süden, auf die Höhe der Kreuzung der Föhringer Allee mit dem Firkenweg und dem Herderweg. Als Begründung wird hierfür angeführt, dass die Bürger, um vom verkehrsberuhigten Bereich westlich der Föhringer Allee und nördlich der Hofäckerallee zur S-Bahn und zu den Geschäften im Firkenweg zu gelangen, jeden Tag ungesichert die Föhringer Allee queren. Die Situation hat sich nach Fertigstellung des St.-Valentin-Hofs und der Wohnbebauung am St.-Emmeram-Weg noch verschärft.

Die Verwaltung hat hierzu mit der Polizeiinspektion Ismaning einen Ortstermin am 10.11.2008 durchgeführt. Als Fazit dieser Ortsbesichtigung kann festgehalten werden, dass aus verkehrspolizeilicher Sicht eine Verlegung des Fußgängerüberwegs in Richtung Kreuzungsbereich Herderweg/Firkenweg nicht als zwingend erforderlich eingestuft wird. Ob dadurch eine Verbesserung der derzeitigen Lage erzielt wird, kann aus heutiger Sicht nicht abschließend beurteilt werden. Für diesen Bereich der Föhringer Allee gilt Tempo 30 und ist von den Verkehrsteilnehmern zu beachten.

Das Schreiben der Gemeindeverwaltung an die Polizeiinspektion Ismaning vom 17.11.2008 wird bekannt gegeben.

Eine schriftliche Stellungnahme der Polizei Ismaning liegt bislang noch nicht vor.

142 20 Beschluss: 17 : 3

Der Gemeinderat nimmt den Antrag der CSU-Fraktion vom 20.10.2008 zur Kenntnis und stimmt einer Verlegung des Fußweges in der Föhringer Allee (Höhe Hausnummer 24) in Richtung Süden nicht zu, da eine Verlegung des Fußgängerüberweges in Richtung Kreuzungsbereich Herderweg/Firkenweg aus verkehrspolizeilicher Sicht als nicht zwingend erforderlich eingestuft wird.

Az.: 1402
3.1; 3.2; 1.0

Von Herrn Prieler wird in diesem Zusammenhang angemerkt, dass einige der in Unterföhring aufgezeichneten Zebrastreifen dringend mit Farbe nachgestrichen werden müssten. Der Vorsitzende sichert zu, dass dies im Frühjahr 2009 sicherlich geschehen wird.

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Anträge der PWU- und SPD-Fraktion zur Änderung der jährlichen Sperrmüllabfuhr:

- a) Beibehaltung oder Abschaffung der bisherigen Sperrmüllabfuhr**
- b) Abholung des Sperrmülls auf Anfrage einmal jährlich**

Der damalige Antrag der PWU-Fraktion vom 04.11.2003 über die Einstellung der jährlichen Sperrmüllbeseitigung bzw. über die Einführung eines Abholsystems mit Abholkarten wurde in der Gemeinderatssitzung am 09.10.2003 zurückgestellt. Eine Beschlussfassung soll gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 09.10.2003, Nr. 339, erst mit der Vorlage des Gesamtabfallkonzepts erfolgen.

Mit Schreiben vom 09.09.2008 stellte die SPD-Fraktion im Gemeinderat den Antrag zur Änderung der jährlichen Sperrmüllabfuhr. Die turnusgemäße, einmal jährlich stattfindende Sperrmüllhaussammlung soll auf ein Abholsystem nach Anforderung umgestellt werden. Bei der jetzigen Sperrmüllsammlung kommt es zu unkontrollierten Ablagerungen von allen Arten von Müll im Gemeindegebiet.

In den letzten Jahren konnte an den Tagen vor der Sperrmüllsammlung immer wieder beobachtet werden, dass Bürger aus der Stadt oder anderen Gemeinden ihren Sperrmüll in Unterföhring kostenlos dazustellen. Des Weiteren wurde von den Sammelplätzen das Altmittel eingesammelt, da es dafür einen hohen Erlös bei den Entsorgungsfirmen gibt.

Bei Einstellung der jährlichen Haussammlung haben die Unterföhringer Bürger weiterhin die Möglichkeit, ihren Sperrmüll bis 2 m³ im Wertstoffhof abzugeben. Bei einer einmalig anfallenden größeren Menge können sie sich einen Berechtigungsschein im Umweltamt abholen.

- a) Beibehaltung oder Abschaffung der bisherigen Sperrmüllabfuhr**
- b) Abholung des Sperrmülls auf Anfrage einmal jährlich**

Für die Bürger besteht die Möglichkeit, ihren Sperrmüll auf Anfrage einmal jährlich (Zeitraum wie bei der Straßensammlung) abholen zu lassen. Die Bekanntmachung für die Anmeldung zur Sperrmüllsammlung erfolgt in den Ortsnachrichten, Bekanntmachungstafeln und im Internet.

Die Bürger haben dann die Möglichkeit, sich mit einem Formular für die Sperrmüllsammlung anzumelden. Abgeholt wird nur Sperrmüll, Altholz und Altmittel (keine Elektrogeräte und Bauschutt). Des Weiteren ist die Abholung auf die beantragten Gegenstände und Mengen beschränkt. Durch die Verwaltung wird den Bürgern der genaue Termin der Abholung mitgeteilt.

143 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat spricht sich für die Abschaffung der jährlich stattfindenden Sperrmüllhaussammlung in der bisherigen Form aus.

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat spricht sich weiter dafür aus, dass die Sperrmüllabholung einmal jährlich erfolgt (Zeitraum wie bei der Straßensammlung) und zwar durch vorherige Anmeldung. Für den Bürger entstehen keine zusätzlichen Kosten für die Entsorgung.

Az.: 176/3
3.3.; 3.21; 2.0

Abfallkonzept und Gebührenkalkulation für die öffentliche Abfallentsorgung der Gemeinde Unterföhring

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern mit der Sitzungseinladung das Abfallkonzept und die Nachkalkulation der Müllabfuhrgebühren 2003 bis 2006 mit Vorkalkulation 2007 bis 2010 zugestellt wurden.

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 09.10.2003, Nr. 338, in dem auf Grund der Kalkulation 2003 bis 2006 beschlossen wurde, die Gebühren unverändert laut Satzung vom 26.01.2001 zu erheben. Die Gebühren sind somit seit acht Jahren unverändert.

Die Nachkalkulation 2003 bis 2006 ergab eine Kostenüberdeckung, die in die Vorkalkulation 2007 bis 2010 eingerechnet wurde. Folgerichtig wurde der Gefäßvolumenmaßstab angewandt.

Die Gebühren können ab 2009 gesenkt werden.

Auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 09.10.2003, Nr. 339, in dem die Verwaltung beauftragt wurde, Alternativvorschläge zum derzeitigen Abfallgebührenmaßstab auszuarbeiten, wird das Abfallkonzept vorgelegt.

144 20 Beschluss: 20 : 0

Nachdem die bisherigen Müllabfuhrgebühren laut Satzung vom 26.01.2001/01.01.2006, kalkuliert nach dem häufigst angewandten Gefäßvolumenmaßstab, ohne Einwendungen von Bürgern, also bürgerfreundlich anzusehen sind, und nach dem Abfallkonzept vom 24.11.2008 ein Alternativvorschlag laut Seite 25 des Konzepts mehr Aufwand als Ertrag bringt, bleibt es bei dem bisher angewandten Gefäßvolumenmaßstab. Eine Kalkulation nach dem Verursacherprinzip scheidet somit aus, die Mengenbegrenzung bei Ablieferung von Sperrmüll und Altholz bis 2 m³ am Wertstoffhof sowie Bauschutt bis 50 l täglich bleibt bestehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebührensatzung nach der Vorkalkulation 2007 bis 2010 zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu ändern und die neuen Gebührensätze gem. § 5 Abs. 1 bis 3 ab 2009 anzuwenden.

Az.: 930/6
2.1; 3.3; 0.1

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Einsatz von professionellem Projektmanagement bei Investitionen der Gemeinde ab einem Betrag von 1 Mio. Euro

Im Zuge der bisher durchgeführten Investitionsmaßnahmen hat sich gezeigt, dass die Auftragsvolumina häufig über 500.000,- € liegen (z. B. Sanierung der Feringastrasse im Jahre 2007).

Aus diesem Grund erscheint es zweckmäßig, professionelle Projektmanagementbüros erst ab einem Betrag von 1.000.000,- € im Einzelfall zu prüfen (bisher 500.000,- €).

Der Gemeinderatsbeschluss vom 10.10.2002, Nr. 102, wird in Erinnerung gebracht.

Aus der Mitte des Gemeinderats wird vorgeschlagen, es bei 500.000,- € zu belassen.

145 20 Beschluss: 20 : 0

Zukünftig soll bei allen Investitionsmaßnahmen ab 500.000,- € grundsätzlich im Einzelfall geprüft werden, ob ein externes Büro zu Projektsteuerung und Controlling eingeschaltet wird.

Der Gemeinderatsbeschluss vom 10.10.2002, Nr. 102, wird diesbezüglich aktiviert.

Az.: 850/7
3.1; 2.1

Beitritt zum Verein Europäische Metropolregion München e. V.

Die Gemeinde Unterföhring ist im Rahmen der Wirtschaftsförderung bzw. wirtschaftlichen Zusammenarbeit seit vielen Jahren Mitglied im Verein MAI e. V., welcher später und bis dato die Bezeichnung GREATER MUNICH AREA führte.

Wie bereits berichtet, wird derzeit von den verantwortlichen Gremien die Gründung des Vereins Europäische Metropolregion München e. V. in Angriff genommen, in welchem insbesondere auch die Mitglieder des GREATER MUNICH AREA, der dann aufgelöst werden soll, sich wiederfinden sollen. Das Schreiben der Landrätin, Frau Johanna Rumschöttel, vom 24.11.2008 wird bekannt gegeben.

Von den 29 Landkreisgemeinden haben nach den Angaben in diesem Schreiben bisher 16 ihre ausdrückliche Bereitschaft zur Mitwirkung in der Europäischen Metropolregion München erklärt. Die Beitragsordnung des Vereins Europäische Metropolregion München e. V. wird bekannt gegeben.

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aus Sicht der Verwaltung wird vorgeschlagen, dass die Gemeinde Unterföhring, insbesondere wegen ihrer zentralen Lage an der Landeshauptstadt München sowie den zahlreichen Arbeitsplätzen im örtlichen Gewerbegebiet, dem Verein Europäische Metropolregion München e. V. beitrifft.

146 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat erklärt sich bereit, basierend auf dem Schreiben der Landrätin des Landkreises München vom 24.11.2008, dem eben gegründeten Verein Europäische Metropolregion München e. V. beizutreten.

Az.:
0.1

Anträge des Fördervereins Soziale Dienste e.V.

a) zur kostenfreien Nutzung von Räumen im St.-Valentin-Hof

b) auf Einrichtung eines Trauercafes im St.-Valentin-Hof

a) zur kostenfreien Nutzung von Räumen im St.-Valentin-Hof

Am St.-Valentin-Weg 20 wurde ein Senioren- und Sozialzentrum errichtet. Im Gebäude des St.-Valentin-Hof stehen Seminarräume, Gymnastikräume und ein Bewegungsbad zur Verfügung. Ein Beschluss hinsichtlich eines Nutzungskonzeptes wurde durch den Gemeinderat in seiner Sitzung vom 13.11.2008 gefasst.

Mit Schreiben vom 12.09.2008 beantragt der Förderverein Soziale Dienste e.V. zur Erweiterung des Beschäftigungsangebotes für die Mitglieder des Fördervereines die kostenfreie Nutzung der Seminarräume, Gymnastikräume und des Bewegungsbads am St.-Valentin-Weg 20.

Der Antrag des Fördervereins Soziale Dienste e.V. wurde am 02.10.2008 an die Gemeinderäte zugestellt. Die Beschlussfassung für den Antrag des Fördervereins Soziale Dienste e.V. wurde bis zur Beschlussfassung über ein Nutzungskonzept zurückgestellt.

Der Gemeinderatsbeschluss vom 13.11.2008, Nr. 121, wird in Erinnerung gerufen. Danach wurde die Nutzung der Seminarräume, Gymnastikräume und des Bewegungsbads abschließend geregelt. Der Antrag des Fördervereins steht diesen Regelungen entgegen.

Herr Dr. Ernstberger nimmt an der Beratung und anschließenden Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO nicht teil.

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

147 19 Beschluss: 16 : 3

Dem Antrag des Fördervereins Soziale Dienste e.V. zur kostenfreien Nutzung der Räumlichkeiten im St.-Valentin-Hof kann auf Grund des Nutzungskonzeptes nicht zugestimmt werden.

Gemeinderatsmitglied Herr Dr. Ernstberger hat sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

b) auf Einrichtung eines Trauercafes im St.-Valentin-Hof

Am St.-Valentin-Weg 20 wurde ein Senioren- und Sozialzentrum errichtet. Im Gebäude des St.-Valentin-Hof stehen Seminarräume zur Verfügung. Das Nutzungskonzept wurde durch den Gemeinderat mit Beschluss vom 13.11.2008, Nr. 121, festgelegt.

Mit Schreiben vom 12.09.2008 beantragt der Förderverein Soziale Dienste e.V. die kostenfreie Nutzung der Seminarräume am St.-Valentin-Weg 20 vorerst einmal im Monat am Dienstagnachmittag von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr zur Einrichtung eines Trauercafes.

Der Antrag des Fördervereins Soziale Dienste e.V. wurde am 02.10.2008 an die Gemeinderäte zugestellt.

Herr Dr. Ernstberger nimmt an der Beratung und anschließenden Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO nicht teil.

148 19 Beschluss: 14 : 5

Dem Antrag des Fördervereins Soziale Dienste e.V. auf Einrichtung eines Trauercafes im St.-Valentin-Hof kann auf Grund des Nutzungskonzeptes nicht zugestimmt werden.

Gemeinderatsmitglied Herr Dr. Ernstberger hat sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Az.: 481
3.4; 3.1; 2.1

Antrag des FC Unterföhring e. V. auf Neubau von Fußballplätzen an der Jahnstraße (Bau einer Sportanlage und eines Interimsplatzes)

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Mitgliedern des Gemeinderats mit der Sitzungseinladung eine Kopie des FCU-Antrags vom 30.10.2008 übersandt wurde. Der Antrag insgesamt mit Begründung wird verlesen.

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die im Flächennutzungsplan hierfür ausgewiesenen Flächen befinden sich derzeit nicht im Eigentum der Gemeinde Unterföhring. Für eine antragsgemäße Umsetzung wären entsprechende Grundstücksverhandlungen seitens der Verwaltung aufzunehmen.

Herr Prieler nimmt an der Beratung und anschließenden Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO nicht teil.

149 19 Beschluss: 19 : 0

Zur Umsetzung einer Sportparkplanung wird der Bürgermeister ermächtigt, mit den Grundstückseigentümern Verhandlungen aufzunehmen. Darüber hinaus sind grundsätzliche Überlegungen zur Form und Größe einer solchen Nutzung im Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vorbereitend zu erarbeiten. Nach einem entsprechend vorbereiteten Grundkonzept sind die weiteren Schritte zur Bauleitplanung, Erschließung, Lärmsituation usw. vorzubereiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Sachstandsbericht bis spätestens Mitte 2009 vorzulegen und Interimsmöglichkeiten für eine Ausweitung des Trainingsbetriebes zu erarbeiten.

Gemeinderatsmitglied Herr Prieler hat sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Az.: 5210
3; 2; 1

Bekanntgaben und Anfragen

- ❖ Der Vorsitzende gibt ein Schreiben der Stadtwerke München vom 27.11.2008 zum Fernwärmeprojekt Neubruchstraße, Unterföhring, insbesondere hinsichtlich der Änderung des Terminablaufes bekannt.
- ❖ Weiter wird mitgeteilt, dass der Soldaten- und Kriegerverein einen Antrag auf Genehmigung eines Silvesterschießens durch die Böllerschützengruppe gestellt hat. Dies wird von der Verwaltung positiv beschieden werden.
- ❖ Ebenso wird das Schreiben der Deutschen Post AG vom 04.12.2008 zum Thema Filialumwandlung in eine Agentur bekannt gegeben. Der Informationsbrief für die Mitglieder des Gemeinderats ist ausgelegt worden.
- ❖ Der Vorsitzende spricht die Bürgerinformation der E.ON Wasserkraft hinsichtlich der Instandsetzung des Mittleren Isarkanals an, insbesondere die Rodungen in den Isarauen werden angesprochen. Der Baustellenverkehr soll nicht über den Poschinger Weiher, sondern weiter nördlich Nahe der Autobahnüberführung erfolgen.
- ❖ Zur Information wird ausgesagt, dass die Mülltransporte aus Neapel nach Auskunft durch das Landratsamt bis dato nicht genehmigt sind.

10. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- ❖ Weiter wird vom Vorsitzenden bekannt gegeben, dass die neue Ampelanlage im Bereich Münchner-/Bahnhof- und Kanalstraße seit dem heutigen Tag in Betrieb und damit auch die Ausfahrt vom Rathausparkplatz in westliche Richtung zur Münchner Straße rechtlich möglich ist.
In diesem Zusammenhang weist Herr Ebert auf den noch fehlenden Betonring an der Bürgerhausbaustelle hin.
- ❖ Abschließend bittet der Vorsitzende die übermittelten Termine zu beachten, insbesondere weist er auf die Übergabe der Erinnerungsplatte durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft am Freitag, 18.12.2008, hin sowie auf die Schlüsselübergabe zur Interimskindertagesstätte an der Straßäckerallee am 22.12.2008.

Der Vorsitzende dankt den Mitgliedern des Gemeinderats für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr, den Zuhörern für die Aufmerksamkeit und wünscht allen Anwesenden ein friedvolles Weihnachtsfest sowie alles Gute auch für das Jahr 2009.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.50 Uhr.

Schwarz
Erster Bürgermeister

Keil
Schriftführerin